



Jülich, 30.11.2022

Antrag: Bekämpfung von Periodenarmut – Bereitstellung von frei zugänglichen Menstruationsprodukten in kommunalen Gebäuden

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Fuchs,

die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD bitten um Aufnahme des folgenden Antrages auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie, Integration, Soziales, Schule und Sport.

Antragstext:

1. In allen weiterführenden Schulen unter städtischer Trägerschaft sowie öffentlichen städtischen Gebäuden (z. B. Rathaus und Turnhallen) sollen auf den Toiletten kostenlose und frei zugängliche Menstruationsprodukte zur Verfügung stehen. Dies soll kontaktlos, beispielsweise über hygienische Spender für Binden und Tampons erfolgen, die eine kontrollierte Ausgabe ermöglichen. Die dafür notwendigen Mittel werden im Haushalt 2023 bereitgestellt.
2. Die Verwaltung prüft darüber hinaus den finanziellen Aufwand, auf den Toiletten aller weiteren städtischen Gebäude Tampons und Binden vorrätig zu halten. Das Ergebnis wird dem Ausschuss in der nächsten Sitzungsrunde für die weitere politische Beratung mitgeteilt.
3. Die Verwaltung wird gebeten, mit den Unternehmen mit städtischer Beteiligung Gespräche aufzunehmen, damit diese auf den dortigen Toiletten Tampons und Binden, z. B. für Mitarbeitende und Kund:innen, bereitstellen
4. Die Verwaltung wird beauftragt, in der Umsetzung und in der Prüfung zu berücksichtigen, dass eine von der Geschlechtsidentität unabhängige Ausgabe der Artikel gewährleistet werden soll.

Begründung:

Der Kreis Düren hat Anfang November einstimmig beschlossen, in den kreiseigenen Schulen zukünftig Tampons und Binden über Spender in den Toiletten kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Anschaffungskosten pro Spender werden dabei auf 180 € beziffert. Die Stadt

Hamm hat im März 2021 als erste Kommune in NRW einen ähnlichen Beschluss gefasst und rechnet nach Anschaffung und Installation mit jährlichen Mehrausgaben von 20.000 €. Aufgrund der deutlich geringeren Einwohner:innenzahl und Anzahl an Schulen kann für Jülich mit einer deutlich niedrigeren Summe gerechnet werden.

Mit diesem Antrag und der damit verbundenen öffentlichen Auseinandersetzung wollen wir das Thema Menstruation auch aus der Unsichtbarkeit holen. Auf Sozialen Netzwerken, wie Instagram, werden Bilder mit Periodenblut zensiert, weil es gegen die „Community Guidelines“ verstößt. Wir möchten in einer Welt leben, in der dieser natürliche Vorgang nicht tabuisiert wird. Dazu stellt dieser Antrag einen wichtigen Schritt dar.

Die Periode ist ein natürlicher Vorgang, welcher die meisten Frauen monatlich betrifft – die Nutzung von Menstruationsartikeln ist deshalb so natürlich wie die Nutzung von Toilettenpapier oder Seife. Auch deshalb wurde die Besteuerung dieser Artikel im Jahr 2020 ermäßigt. Obwohl das Thema jede Frau einen Großteil ihres Lebens begleitet, ist es immer noch tabuisiert.

Frauen und Mädchen haben oft keinen freien Zugang zu Menstruationsprodukten in öffentlichen Gebäuden wie Schulen. Falls es ein Angebot gibt, ist dies meist mit einem Gang ins Sekretariat oder zum Hausmeister verbunden, was für betroffene Personen eine Hürde darstellen kann. Gerade im schulischen Bereich wäre dies wichtig, da ein freier Zugang zu Teilhabe und Gleichberechtigung beiträgt. Die Periode kann, gerade zu Beginn der Pubertät, überraschend einsetzen oder auch unvorbereitet auftreten. Selbst „erfahrenen“ Frauen kann es passieren, dass sie vergessen, einen Tampon oder eine Binde einzupacken. Darüber hinaus gibt es immer noch Mädchen und Frauen, die sich die Produkte aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht leisten können, gerade zu Zeiten steigender Preise und hoher Inflation wie im Moment. Auch mangelnde Aufklärung ist ein häufiger Grund dafür, dass Frauen und Mädchen keinen Zugang zu den Produkten erhalten. Sie bleiben daher z. T. aus Scham der Schule, Ausbildung/Studium oder Arbeit fern.

Die Verwaltung soll mit den entsprechenden Institutionen erarbeiten, wie die konkrete Ausgabe vor Ort bestmöglich erfolgen kann. Außerdem soll die Maßnahme mit einer Informationskampagne zum Thema begleitet werden.

Sebastian Steininger
(Fraktionsvorsitzender Grüne)

Harald Garding
(Fraktionsvorsitzender SPD)